

Tatjana Eggeling, Wim van Meurs,
Holm Sundhausen (Hrsg.):
Umbruch zur »Moderne«? Studien
zur Politik und Kultur in der
osteuropäischen Transformation,
Gesellschaften und Staaten im
Epochenwandel Bd. 5,
Peter Lang Europäischer Verlag der
Wissenschaften Frankfurt/M. 1997,
237 S. (59,00 DM)

Die im vorliegenden Sammelband veröffentlichten Beiträge, die aus einer Tagung des Graduiertenkollegs »Die Umgestaltungsprozesse der gesellschaftlichen Systeme in Ost- und Südosteuropa« an der Freien Universität Berlin im Februar 1996 hervorgegangen sind, stützen insgesamt die Wahrnehmung, daß in der Transformationsforschung zunehmend Einsichten das Terrain erobern, die jenseits der anfänglichen Gewißheiten von Neo-Totalitarismustheorie und neoklassischen Schocktherapieentwürfen anzusiedeln sind. Wie Geschichte überhaupt haben sich auch die Transformationsverläufe im europäischen Osten als weitgehend unplanbar und als nur bedingt politisch gestaltbar erwiesen. Wenn »zum ersten Mal in diesem Jahrhundert ... eine Modernisierung unter den Bedingungen offener Weltmarktkonkurrenz gelingen« (Müller: S. 55) und wissenschaftlich gehaltvoll analysiert werden soll, müssen nicht die spezifisch geprägten – vor allem weltmarktförmigen – internationalen Rahmenbedingungen der Transformation, sondern auch die politischen, sozialen und kulturellen Ausgangsbedingungen dieses Prozesses in Rechnung gestellt werden. Theoriebildung muß hier mit dem gravierenden Handikap leben, daß sie nur »auf Augenhöhe der osteuropäischen Transformationen« (Müller: S. 55) stattfinden kann.

Den infolge der Implosion des staatssozialistischen Gesellschaftssystems in Mittel- und Osteuropa einsetzenden Transformationen mißt Klaus Müller in seinem Beitrag zur »Osteuropaforschung zwischen Neo-Totalitarismus und soziologischer Theorie« beachtlichen Stellenwert bei. »Ihren globalen Auswirkungen nach reichen die postkommunistischen Transformationen an jene Welle von

Nachkriegsmodernisierungen heran, in deren begleitender Analyse die Theorie der internationalen Beziehungen, die vergleichende Politikwissenschaft, die neoklassische Wachstumstheorie und die soziologische Theorie des institutionellen Wandels ihren Aufschwung nahmen« (Müller: S. 13). Ähnliche theoretische »Neuerungen« und »Weiterungen« lassen sich im Zusammenhang mit der wissenschaftlichen Analyse der Umbrüche im Osten Europas bisher allerdings kaum feststellen. Während den kritischen Sozialwissenschaften Prognoseversagen vorgehalten wird, okkupieren inzwischen neoklassisch inspirierte Reformkonzepte und wiederbelebte Spielarten der Totalitarismustheorie in verhängnisvoller Allianz das Feld, das eigentlich von einer sozialwissenschaftlichen Transformationstheorie zu besetzen wäre. Wenn die Revolution von 1917 in Rußland nichts anderes war als der Staatsstreich einer kriminellen Elite mit nachfolgender Errichtung eines totalitären, im Bereich der Ökonomie chronisch ineffektiven Gesellschaftssystems, dann hat sich mit dem Zusammenbruch im Osten nichts anderes ereignet, als die Delegitimierung einer politischen Clique und die ohnehin zwangsläufige Durchsetzung universeller Marktrationalität. Für die politische Sphäre gipfelt demnach die Reform in einer radikalen »Debolschewisierung« und ökonomisch sind »für die osteuropäischen Transformationen ... schlicht die in aller Welt zur Anwendung gebrachten Strukturanpassungsprogramme, ordnungspolitisch flankiert durch den Transfer eigentumsrechtlicher und rechtsstaatlicher Institutionen (zuständig). Für eine eigenständige soziologische Theorie der Transformation besteht kein Bedarf« (Müller: S. 17). Die Neo-Totalitarismustheorie und die Option für eine Schocktherapie sind daher nur zwei Seiten einer Medaille. Die damit verbundenen, eher bornierten Erwartungen von einer raschen Modernisierung der mittel- und osteuropäischen Gesellschaften durch einen »Elitenwechsel« und »harte« Marktzwänge haben sich allerdings als Illusion erwiesen (vgl. Müller: S. 51). An Stelle wirklichkeitsfremder Universaltheorien plädiert K. Müller schließlich für theoretische Ansätze »mittlerer Reichweite«, die sich dezidiert den klassischen soziologischen Problemstellungen in

ihrer Raum- und Zeitgebundenheit zuwenden.

Eine ähnlich geweitete, über die allgemein vorherrschende bloße Beobachtung von östlichen Transformationen hinausweisende Perspektive eröffnet auch der Beitrag von *Helmut Wiesenthal* zur »Transformationssteuerung als politisches Projekt«. Wiesenthal sieht in den Prozessen des Systemwechsels in Mittel- und Osteuropa ein »politisch-soziologisches Experiment von unschätzbarem Wert« (Wiesenthal: S. 213), das insbesondere durch eine Analyse der »Mesoebene sozialer Phänomene« (Wiesenthal: S. 211) – Parteien, Verbände, Staatsadministration, Unternehmen – Aussagen dazu liefern kann, wie die gravierenden politischen Steuerungsprobleme in Marktwirtschaften überhaupt in den Griff zu bekommen sind. Dabei geht es keineswegs nur um den Übergang vom Staatssozialismus sowjetischen Typs zu Demokratie und Markt, sondern um »die Anpassung sozialer, ökonomischer und politischer Institutionen an veränderte Randbedingungen, z.B. aufgrund der Globalisierung ökonomischer Entscheidungshorizonte oder der Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen« (Wiesenthal: S. 212) überhaupt. Diesbezüglich stehen auch die konsolidierten Demokratien des Westens erkennbar vor schier unüberwindlichen Schwierigkeiten – von besserem Steuerungs- und höheren Steuerungskapazitäten kann jedenfalls keine Rede sein.

Aus den Abläufen im europäischen Osten lassen sich nun nach Wiesenthal vor allem zwei Überlegungen ableiten: Erstens wäre radikalen Reformansätzen der Vorzug vor gradualistischen Strategien zu geben. Die »Logik des Radikalismus« beruht demnach vor allem darauf, daß schnell ein relativ hoher Grad an Irreversibilität der Reformen verbunden mit einer »Selbstbindung« der Reformbefürworter erreicht würde, so daß die Herausbildung von »volkswirtschaftlich ineffizienten Zwischenstadien mit starker Beharrungstendenz« (Wiesenthal: S. 223) vermieden werden könnte. Wie allerdings auf diesem »hochgradig irreversiblen« Weg gravierende Fehlentwicklungen verhindert bzw. korrigiert werden könnten, wenn sich herausstellt, daß die gewählten radikalen Reformstrategien auf illusionären Hoffnungen und quasi-fundamentalistischen Glaubenssätzen statt auf soliden Er-

kenntnissen beruhen – diese Frage kümmert den Autor offensichtlich nicht. Zweitens plädiert er – und dies setzt ebenfalls ein gerüttelt Maß an vorausseilender Einsicht in die Gesetzmäßigkeiten historisch präzedenzloser Transformationen voraus – für eine »präventive Institutionengründung« (Wiesenthal: S. 225). Noch bevor der im Zuge des Umbruchprozesses anwachsende Problemdruck dazu zwingt, wären rechtzeitig und in relativer »Ruhe« (ohne aufwendige politische Verhandlungsprozesse unter den Interessengruppen, also mit niedrigen Transaktionskosten) jene institutionellen Arrangements herzustellen, die die mit Sicherheit auftretenden Funktionsprobleme und -konflikte der neuen Ordnung klein arbeiten sollen. Das »Dilemma der Gleichzeitigkeit« (Offe) entsteht nämlich nach Wiesenthal nur, wenn die Transformation dem Selbstlauf überlassen wird und auf sich rasch zuspitzende komplexe Problemlagen (verspätet) reagiert werden muß. Während die zur wenigstens leidlichen Abfederung der Funktionsdefizite von Marktwirtschaften notwendigen Institutionen (Arbeitslosenversicherung, Sozialhilfe u.a.) inzwischen als weltweit bekannt vorausgesetzt werden können, bliebe nur noch zu klären, welches die für den Übergang zu einer zukunftsfähigen Wirtschaftsordnung präventiv zu gründenden Institutionen sein könnten und wer das herauszufinden hätte – das »Zukunftsministerium« in Bonn hat sich in dieser Hinsicht jedenfalls bisher als ziemlich impotent erwiesen.

Die weiteren neun Beiträge des Bandes lassen sich grob in Untersuchungen zur Akteurs-ebene und in Analysen des historischen Kontextes der Transformation einteilen.

Aus sozialanthropologischem Blickwinkel interpretiert *Peter Niedermüller* den Systemwechsel als »Produkt jener dialogischen interaktiven und intersubjektiven Vorgänge..., innerhalb derer die gesellschaftlichen Subjekte, die sozialen Gruppen über die Regeln und Gegenstände der Transformation miteinander verhandeln«, wobei »die Ergebnisse und Prozesse der osteuropäischen Transformation immer nur durch einen kulturellen Filter, durch den Filter der eigenen Kultur sichtbar (werden)« (Niedermüller: S. 70). Allerdings ist in Anbetracht der großen Unsicherheit und Unübersichtlichkeit der wirtschaftlichen, politi-

schen und sozialen Gemengelagen in den Transformationsgesellschaften noch keineswegs klar, worin die Ergebnisse des Umbruchs tatsächlich bestehen werden. Auch *Krisztina Mánicke-Gyöngyösi* kann, selbst nachdem sie eine Fülle von wissenschaftlichen Ansätzen referiert hat, relativ wenig dazu aussagen, wohin das Nebeneinander von »öffentlich verhandelten und versteckt praktizierten Transformationsakten« (Mánicke-Gyöngyösi: S. 177) schließlich führen wird und ob die von ihr konstatierten Besonderheiten des osteuropäischen Kapitalismus, insbesondere die Reproduktion spezifischer »sozialer Kontaktnetze« (Mánicke-Gyöngyösi: S. 171) und die »Doppellung vom Typ Hauswirtschaft und Marktwirtschaft« (Mánicke-Gyöngyösi: S. 179), letztlich einer gesellschaftlichen Modernisierung entgegenstehen werden oder nicht.

Daß marktradikale Transformationskonzepte nicht im Selbstlauf zur Modernisierung gesellschaftlicher Strukturen, sondern sehr wohl z. B. auch zur »Archaisierung des Agrarsektors« (Giordano/Kostova: S. 126) führen können, zeigen *Christina Giordano* und *Dobrinka Kostova* am Beispiel der »Reprivatisierung ohne Bauern in der bulgarischen Landwirtschaft«. Während die Wiederherstellung der alten Eigentumsverhältnisse faktisch die Rückkehr zum hochgradig parzellierten Kleineigentum an landwirtschaftlichen Flächen von inzwischen in der Stadt lebenden »kleinen absentistischen Rentenkapitalisten« zur Folge hat, bildet sich auf dem Land eine kleine Gruppe von Großpächtern heraus, die sich aufgrund der extrem kurzen Pachtzeiträume als »Raub- und Beutekapitalisten« (Giordano/Kostova: S. 128) gebärden. Letztere müssen sich mittlerweile allerdings dem Vordringen von städtischen Neu-Unternehmern erwehren, die mit mafiosen Druckmitteln versuchen, den Markt für Agrarprodukte unter ihre Kontrolle zu bringen.

Drei Beiträge zur Rolle regionaler Eliten als mögliche Modernisierungsträger (von *Jörn Grävingsholt*), zu regionalen sozialpolitischen Innovationen vor dem Hintergrund des »sozialpolitischen Versagens der russischen Regierung« (Kempe: S. 206) (von *Iris Kempe*) und zu den Handlungsspielräumen von Frauen in der von Re-Islamisierungstendenzen ge-

prägten Transformation in Uzbekistan (von *Brigitte Heuer*) runden die akteursbezogene Perspektive ab.

Wenn es darum geht, aktuelle Handlungsmuster von Individuen im Prozeß des Systemwechsels zu verstehen, ist die diesen Verhaltensweisen zugrunde liegende Geschichtsinterpretation – die nicht selten sowohl Legitimationszusammenhänge als auch strategische Orientierungen bereitstellen soll – von einiger Bedeutung. *Isabelle de Kéghel* versucht sich diesem zweifellos schwierig zu analysierenden Problemfeld zunächst unter dem Motto »Aus der Geschichte lernen? Rußland auf der Suche nach seiner demokratischen Vergangenheit« zu nähern, indem sie den möglicherweise in den historischen Abläufen zwischen Februar- und Oktoberrevolution 1917 verborgenen demokratischen Traditionen Rußlands auf die Spur zu kommen trachtet. Als ausgesprochen lesenswert erweist sich zudem das auch stilistisch brillante Essay von *Barbara Schweizerhof* zur Darstellung sowjetischer Vergangenheit in postsowjetischen Filmen. Den zweifellos gehaltvollsten Aufsatz zum Thema »Umgang mit der Geschichte« steuert *Wim P. van Meurs* mit seinen Überlegungen zum Versuch, über eine Rückkehr zur prä-sozialistischen Geschichte in eine post-sozialistische Zukunft zu gelangen, bei. Für ihn erweist sich das desperate Ansinnen, die realsozialistische Vergangenheit zu verdrängen und auf ein Modell der Nachahmung des westlichen Weges von Nationalismus und Demokratisierung zu setzen, am Ende des 20. Jahrhunderts als hehre Illusion. Was dabei heraus kommt, ist bestenfalls die »Nachahmung der westlichen politischen Kultur und Institutionen ohne die entsprechende soziale Basis« sowie die Errichtung von »westlich anmutenden institutionellen Fassaden« (van Meurs: S. 99). In Anknüpfung an Claus Offes Metapher vom »Tunnel am Ende des Lichts« kommt van Meurs schließlich zu der für die Transformationsverläufe im europäischen Osten insgesamt ausgesprochen treffenden Feststellung: »Im Dunkeln hinter der Tunnelöffnung verbirgt sich ein Labyrinth an möglichen Wegen und Pfaden in die Zukunft. Und da es keinen Weg zurück in die Geschichte gibt, ist die einzige Sicherheit, die man im Labyrinth der Transformation noch

hat, daß man es nicht wieder durch den Tunnelleingang verlassen kann, sondern vorwärts gehen muß, auch wenn man nicht weiß, wohin einen der Tunnel schließlich führen wird!« (van Meurs: S. 104).

ARNDT HOPFMANN

**Stefan Plaggenborg (Hrsg.):
Stalinismus.
Neue Forschungen und Konzepte,
Verlag A. Spitz Berlin 1998,
452 S. (98 DM)**

Die von Stefan Plaggenborg im Vorwort des Sammelbandes geäußerte Befürchtung, daß die Stalinismusforschung in Deutschland gänzlich zum Erliegen kommen könnte, hat sich nicht bestätigt. Nicht nur mit Blick auf die in den letzten zwei Jahren durchgeführten Symposien, Konferenzen und Publikationen über Stalinismus und Terror und die Grenzen und Möglichkeiten des Vergleichs zwischen Nationalsozialismus und Stalinismus ist dem in Jena ansässigen Wissenschaftler zuzustimmen, »daß hier und da und unverbunden wieder geforscht wurde.« Warum man kaum voneinander wußte oder sich nicht zur Kenntnis nahm, ist ein anderes Thema. Heute – und das ist die Hauptsache – sind die Forschungsinselfn sichtbar. Auf einigen gibt es bereits Signalfeuer oder Leuchttürme in Gestalt umfangreicher Publikationen. Ob aus ihnen, seit Juni 1996 gehört die in Jena etablierte Arbeitsgruppe Stalinismus dazu, auch Anziehungspunkte für jene werden können, die noch orientierungslos auf dem derzeit nur leicht bewegten Meer der sowjetischen Geschichte im zwanzigsten Jahrhundert umherirren, wird sich zeigen. Eine Probe des Stehvermögens und der Anziehungskraft wird diesen Inseln in Anbetracht der publizistischen Flut vor und nach Erscheinen der deutschen Ausgabe des »Schwarzbuchs des Kommunismus« abverlangt. Noch werden diese Inseln von den Journalisten weitgehend ignoriert, die Wogen gehen nicht über sie hinweg, die Strömung zieht die Boote mit den Journalisten an ihnen vorbei.

Ein Leitmotiv der Beiträge Plaggenborgs im Band über die wichtigsten Herangehensweisen der westlichen Forschung an den Sta-

linismus, den Stalinismus als Gewaltgeschichte und die Perspektiven der Stalinismusforschung ist der Wunsch, die nach der Öffnung der Moskauer Archive in Ost und West in den Hintergrund gerückte Methoden-, Theorie- und Konzeptdebatte wieder zu beleben. Plaggenborg plädiert im anregenden und lesenswerten, den Band einleitenden Beitrag dafür, sie jenseits der Totalitarismustheorie und der von den »Revisionisten« vorgestellten Konstrukte auf dem Gebiet der Sozialgeschichte zu führen. »Jeder ›Sozialhistoriker‹ sollte sein theoretisches Standbein zeigen, bevor er das empirische Tanzbein schwingt«, spitzt Plaggenborg zu und fordert – mit Blick auf die »völlig theorie- und konzeptionslos und nur noch materialfixierte Forschung« Theorien und Konzepte ein. »Was es in der Stalinismusforschung überhaupt nicht gibt, ist eine handlungstheoretisch geleitete Forschung.«

»In den letzten Jahren veröffentlichte und aufgearbeitete Archivmaterialien bringen Klarheit«, hebt der Herausgeber ausgerechnet mit Blick auf die heute in Rußland von unterschiedlichen politischen Kräften mehr denn je instrumentalisierten Opferzahlen hervor. Alle in Rußland und im Ausland Forschenden wissen um die manipulierte Statistik der Volkszählung von 1937. In der UdSSR lebten im Dezember 1926 147 Millionen Menschen. 1934 verkündete Stalin von der Tribüne des 17. Parteitages der KPdSU(B), daß die Bevölkerung auf 168 Millionen angewachsen sei. Diese »Zuwachsrate«, aufgeschlüsselt auf Stadt- und Landbevölkerung wurde den Berechnungen von 1937 als verbindlich zugrunde gelegt. 180 Millionen als Richtwert. Natürlich lieferte auch das NKWD statistische Angaben. W. Shiromskaja, I. N. Kiseljow und Ju. A. Poljakow haben diese und andere in einer 1996 vorgelegten Studie über die Volkszählung vorsichtig und zurückhaltend kommentiert und dabei auch die von Semskow und Dugin immer wieder vorgebrachten Zahlen nicht ausgelassen.

Vergleichbare Untersuchungen russischer Autoren und die in den letzten zwei Jahren vorgelegten »Erschießungslisten« und »Martyrologe« korrespondieren nicht mit der Feststellung des Herausgebers »daß die Zahlen in der Tendenz deutlich niedriger liegen als

frühere Schätzungen«. Das Gegenteil ist der Fall. Deshalb ist die Hinwendung von den nüchternen Zahlen zur Realität, Plaggenborg stellt die »Vernichtungskraft des Stalinismus« in den Mittelpunkt, dringend geboten. Sein Vorschlag, die Begriffe »Terror« und »Gewalt« genauer zu fassen, kann aufgegriffen werden. Voraussetzung ist, daß das dem Terror zugrundeliegende und heute nur in Ansätzen bekannte Programm, dem Parteilührung, Justiz und NKWD folgten, Gegenstand der Untersuchung geworden ist. Dann wird es sich herausstellen, wie tragfähig der Vorschlag Plaggenborgs ist, »den Terror der Jahre 1936-38, ... diesen Höhepunkt der Gewalt in eine Geschichte der Gewalt einbettet und er dadurch den Charakter des analytisch sperrigen, allem Anschein nach rational nicht erklärbaren Phänomens verliert.«

Je anregender die auf theoriefixierte Forschung formulierten Vorschläge sind, desto deutlicher tritt das Fehlen einer verallgemeinernden Einschätzung des tatsächlichen, durch Archivzugang gestützten Erkenntnisstandes und Fortschritts auf dem Gebiet der Stalinismusforschung hervor. Wie steht es um die Wiederbelebung konzeptioneller Gedanken in der russischen Fachliteratur? Joachim Höslers Antwort, im Band »Sowjetische und russische Interpretationen des Stalinismus« von 1953 bis Ende der achtziger Jahre skizziert, bleibt – weil die letzten eigentlich wichtigen Jahren ausgespart werden – unbefriedigend. Im Literaturbericht, der Hinweise auf bis 1996 erschienene russische Veröffentlichungen enthält, wird letztendlich »nur« der in den Zeitschriften Mitte der achtziger Jahre widerspiegelte Erkenntnisstand angedeutet, wobei auffällt, daß der kritische Rückblick russischer Historiker auf diese Zeitspanne leider nicht Gegenstand der Analyse ist. Unverständlich ist ferner die völlige Ausblendung der Tätigkeit der vom Politbüro des ZK der KPdSU eingesetzten Kommissionen zur Untersuchung der Repressalien. Es wäre auch denkbar, die Entwicklung einiger Historiker, die ihre wissenschaftliche Laufbahn Mitte der achtziger Jahre am IML beim ZK der KPdSU begannen und heute als Stellvertretende Direktoren in Moskauer Archiven tätig sind, bzw. wesentlich zum Gelingen von im Westen verankerten Forschungsprojekten beigetragen haben, zu umreißen.

Hinweise auf monographische Abhandlungen russischer Autoren, die u.a. Polemiken gegen die Revisionisten enthalten, eigene Deutungsmuster der Geschichtsdiskussion in der UdSSR erläutern und neue Forschungsrichtungen zur Debatte stellen, fehlen völlig. Warum Hösler, der die Literatur kennt, seine alten Literaturanalysen umschaufelt und auf eine der Konzeption des vorliegenden Bandes entsprechende Fortschreibung und Aktualisierung verzichtet, ist unklar. Vielleicht sind die sporadischen Arbeitskontakte nach Rußland und die geringe Auflagenhöhe der Fachliteratur (500er Auflagen sind keine Seltenheit) eine Erklärung. Oft sind sogar die Wissenschaftler in Rußland nicht über das aktuelle Buchangebot ihrer Kollegen informiert.

Es gibt, um Plaggenborgs Überlegungen zum Verhältnis von »Recht und Gewalt« aufzugreifen, inzwischen (1996 und 1997 veröffentlichte) interessante und aufschlußreiche Studien russischer Kollegen über die Täterforschung, den Terror von unten und die Entwicklung der Gerichtsbarkeit in der UdSSR, die Argumente enthalten, die sowohl für als auch gegen Auffassungen des Projektleiters sprechen. Heute ist eine Analyse der Gesetzgebung unter Berücksichtigung der die Strafpraxis regelnden internen Rundschreiben des ZK der KPdSU(B) und der Befehle und Dienstanweisungen des NKWD möglich. Corinna Kuhr hat das im vorliegenden Band am Beispiel der Vorgaben, wie die Kinder von »Volksfeinden« zu behandeln waren, skizziert. Hinzu kommt, daß die statistische Untermauerung der Politbeschlüsse gegeben und ihre Fixierung im Staatshaushalt nachweisbar ist. Welche Mittel Jeshow zur Verfügung standen, um den Befehl 00447 auszuführen, ist heute bekannt und muß an dieser Stelle nicht wiederholt werden. Ein weiteres Detail: die Zahl der Juristen stieg von 1926 bis 1937 von 33 auf 41,7 Tausend. Es wurden mehr Untersuchungsrichter und Staatsanwälte (ihre Zahl verdoppelte sich) als Richter gebraucht. Gleichzeitig verschwand die Berufsgruppe der Verteidiger aus der Statistik. Jörg Baberowskis Beitrag über den »Stalinismus als imperiales Phänomen: die islamischen Regionen der Sowjetunion 1920-1941« enthält zahlreiche Berührungspunkte zum oben angedeuteten Problemkreis, der zu einem festen Bestandteil des in Gang gekommenen Diskurses werden sollte.

Ein großer Stellenwert kommt in diesem, von Plaggenborg vorgegebenen sozial- und mentalitätsgeschichtlichen Rahmen Untersuchungen der sozialen Gruppen zu. Zwei Beiträge sind der Arbeiterschaft (Dietmar Neutaz über die Metrobauer und Gabriele Gorzka über die Textilarbeiter) gewidmet, drei Beiträge thematisieren das Leben der Frauen im Stalinismus (Robert Maier), das inszenierte Frauenideal (Rosalinde Sartorti) und die Frauenpolitik (Susanne Conze), Christoph Mick untersucht »Wissenschaft und Wissenschaftler im Stalinismus« und das allen Beiträgen über die sozialen Gruppen gemeinsame Fazit: »Die Beschäftigung mit Wissenschaft in der Stalinzeit zeigt, daß es schwierig ist, den Stalinismus als totalitäres System zu begreifen. Wissenschaft und Technik folgten als gesellschaftliche Subsysteme teilweise ihrer eigenen Logik«. Auch der Terror folgte einer eigenen Logik. Ob er jemals außer Kontrolle geriet, sich verselbständigte und seiner eigenen Dynamik folgte, wie Christoph Mick meint, ist Gegenstand weiterer, nicht zuletzt von der Öffnung der Archive abhängiger Debatten.

Vorläufig kann im Hinblick auf Stalinismus, Gewalt und Terror nur von einer Zwischenbilanz die Rede sein. Markus Wehner und Manfred Zeidler stellen in ihren für den Band verfaßten Beiträgen fest, daß der stalinistische Terror keine soziale oder weltanschauliche Gruppe ausnahm, sondern die gesamte Gesellschaft, von den politischen Eliten bis zu den unteren Schichten traf. »Ohne sich auf die Gleise der alten Totalitarismustheorie zu begeben, kann der Stalinismus in diesem Sinne als die eigentlich totalitäre Diktatur des 20. Jahrhunderts gelten.«

WLADISLAW HEDELER

Jürgen Kocka und Renate Mayntz

(Hrsg.):

Wissenschaft und Wiedervereinigung:

Disziplinen im Umbruch,

Akademie Verlag Berlin 1998,

540 S. (98,00 DM)

So wie die Wiedervereinigung insgesamt sich nicht als Vereinigung zweier, zuvor getrennt existierender Staaten vollzog, sondern als

»Anschluß der DDR an die politischen, staatlichen und rechtlichen Gegebenheiten der BRD« (S. 235), so fand auch auf wissenschaftlichem Gebiet keine Fusion der beiden Systeme statt, sondern die Übertragung des westdeutschen Modells auf den Osten.

»Hauptfolge dieses Vorgangs war die Beseitigung des Wissenschaftssystems der DDR und die Beendigung oder Neudefinition der Karrieren nahezu aller DDR-Wissenschaftler« (S. 509), schreibt Dieter Simon, seinerzeit Vorsitzender des Wissenschaftsrates der BRD. National wie international löste dieser, in seiner Rigorosität beispiellose Vorgang heftige Diskussionen aus, nicht zuletzt wegen der im Nachhinein von verantwortlichen Akteuren eingeräumten »eklatanten Fehleinschätzungen«, was die Leistungsfähigkeit ostdeutscher Lehr- und Forschungseinrichtungen anbetraf sowie der einseitigen Bedienung westdeutscher Interessen beim personellen Neuaufbau der Wissenschaftseinrichtungen im Osten.

Mit dem Ziel, den Prozeß der »Eingliederung« der ostdeutschen Wissenschaft in die Bundesrepublik zu analysieren und dabei »ein zutreffendes und gerechtes Bild von den Wissenschaften und den Wissenschaftlern der DDR« (S. 8) zu zeichnen, bildete die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (BBAW) 1994 eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe, besetzt mit hochkarätigen Forschern, deren Ergebnisse mit vorliegender Publikation der Öffentlichkeit vorgelegt werden. Im Unterschied zu früheren Arbeiten liegt der Schwerpunkt dieser Untersuchung auf den »kognitiven Dimensionen« (S. 10) der Wissenschaften im Vereinigungsprozeß. Als Untersuchungsfelder wurden sieben Disziplinen ausgewählt: Asien- und Afrikawissenschaften, Biomedizin, Mathematik, Rechtswissenschaft, Soziologie, Verfahrenstechnik sowie Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Die Breite dieser Auswahl und die unterschiedliche Herkunft der Autoren sichert in bestimmtem Maße Ausgewogenheit und Fairneß im Herangehen sowie in der Darstellung. Ergänzt werden diese Berichte zu den einzelnen Disziplinen durch eine Reihe von Grundsatzartikeln namhafter Autoren zu den Themen »Wissenschaft und Politik in der DDR« (Jürgen Kocka), »Die Folgen der Politik für die Wissenschaft in der DDR« (Renate Mayntz) und

»Wissenschaften im Vereinigungsprozeß – Versuch einer Bilanz« (Manfred Bierwisch). Abschließend und schon überleitend zu Zukunftsproblemen zieht Dieter Simon im Schlußkapitel »Lehren aus der Zeitgeschichte der Wissenschaft«.

Unstreitig setzt dieses Werk für die Aufarbeitung der »Voraussetzungen und Folgen, Erfahrungen und Grenzen der Vereinigung in den Wissenschaften« (S. 7) neue Maßstäbe. Das Bemühen der Autoren, das für die Evaluierung der ostdeutschen Forschung so verhängnisvolle Vorurteil von der »ostdeutschen Wissenschaftswüste« jetzt, nachdem das Kind im Brunnen liegt, zu revidieren und die den Dialog so belastende Arroganz, zugunsten einer betont sachlichen, verschiedene Sichtweisen gelten lassenden Argumentation, zurückzunehmen, ist bei der Lektüre geradezu spürbar. Es fehlt auch nicht an Korrekturen und Neubewertungen, nachträglichen Einsichten und Bekenntnissen. Trotzdem ist das Buch voll von herben Wahrheiten und Fakten, aber auch von Aussagen, die vor allem bei ostdeutschen Lesern nur bedingt Zustimmung erfahren werden.

Dies beginnt gleich auf der ersten Seite, wo steht, daß ostdeutsche Wissenschaftler »in der Konkurrenz um die neudefinierten Stellen... den kürzeren zogen« (S. 7). Nicht erwähnt wird aber, daß es sich hierbei in aller Regel um einen unlauteren Wettbewerb *ohne* Chancengleichheit gehandelt hat. An anderer Stelle wird dies ausdrücklich eingeräumt (vgl. S. 127). Auch scheint es unpassend, die »Ost-West-Durchmischung beim Neuaufbau ehemaliger Einrichtungen der DDR« – das Desaster beschönigend – als »nicht überzeugend gelungen« (S. 127) zu charakterisieren. Sie ist schlicht und einfach *mißlungen*, insbesondere dort, wo sie, wie ehrlicherweise auf Seite 505 zugegeben wird, »aus mehr oder weniger legitimen Gründen auch nicht ernsthaft angestrebt wurde«. Das in Aussicht gestellte »Gemeinschaftswerk wurde im Kern ein Westwerk« (Simon), was möglicherweise mehr Effizienz bedeutet, aber mit Tausenden gebrochenen Erwerbsbiographien ostdeutscher Wissenschaftler bezahlt wurde. Die für die Rechtswissenschaft getroffene Feststellung, daß angesichts der »nahezu perfekten personellen Auslöschung einer Wissenschaftsdisziplin ... es absurd erscheint, von der ›Durchmischung

zwischen Ost und West« zu sprechen« (S. 244f.), trifft auch für andere Disziplinen zu, so für die Wirtschafts-, Erziehungs-, Politik- und Sozialwissenschaften, die Philosophie und die Geschichte, und damit in weitaus größerem Umfang als hier dokumentiert wird.

Freilich gilt dies nicht gleichermaßen für die Natur- und Technikwissenschaften. Aber auch hier ist die »Verlustliste« beachtlich, wie das Beispiel der Biomedizin belegt (vgl. S. 123). Angesichts des Gesamtergebnisses der Umstrukturierung trotzdem von einem »moderaten Gewinn« (S. 505) zu sprechen, scheint fragwürdig, zumindest bezogen auf die unübersehbare Asymmetrie in der personellen Prägung der neuen Wissenschaftslandschaft Ost. In diesem Zusammenhang ist die Feststellung wichtig, daß »die Vereinigung durch Evaluierung und Umstrukturierung zwar Bedarf und Platz für westliches Personal in den neuen Ländern geschaffen hat, aber in keiner Weise umgekehrt...« (S. 490f.). Die Rahmenbedingungen des Vereinigungsprozesses und der Verzicht auf Reformen im Westen zeichneten die »akademische Migrationsrichtung« (S. 495) eindeutig vor, als Einbahnstraße von West nach Ost.

Die exemplarische Behandlung des Themas anhand von sieben ausgewählten Fächern macht deutlich, wie sehr sich die einzelnen Disziplinen und Disziplinfelder voneinander unterscheiden, »sowohl was ihre Entwicklung, ihre Leistungskraft und den Grad ihrer politischen Instrumentalisierung in der DDR wie auch was ihre Entwicklung im wiedervereinigten Deutschland angeht« (S. 15). Verallgemeinerungen sind deshalb schwierig und werden von den Autoren auch weitestgehend vermieden. Was sich durch alle Texte hindurchzieht, ist jedoch die Kritik am Marxismus-Leninismus (ML) »als Paradigma der Gesellschaftswissenschaften« (S. 34), ferner die nationale Verfaßtheit der Wissenschaften und mithin auch Begrenztheit des Wissens der ostdeutschen Forscher und die, besonders in den achziger Jahren zu beobachtende Entwicklungshemmung (»Stasimorphie«) gesellschaftswissenschaftlicher Forschung (vgl. S. 72). Erheblich relativiert wird die bisherige Vorstellung hinsichtlich des Verhältnisses von Politik und Forschung in der DDR. Gingen frühere Arbeiten hier von einer totalen »Durchherrschung« – von kommandowirtschaft-

lichen Strukturen – aus, so beschreibt Kocka dieses Verhältnis jetzt zutreffender als ein »vielfach vermitteltes symbiotisches« (S. 439). »Es gab Zustimmung zum System aus Überzeugung... Es gab Indifferenz und viel Rückzug auf sich selbst. Es gab immer Reserviertheit und Resistenz bei einigen, doch auch dann konnte man sich meist arrangieren« (S. 453).

Mayntz fragt nach den kognitiven Besonderheiten der DDR-Forschung und stößt dabei bis zu der Frage vor, welchen Einfluß der ML auf den kognitiven Gehalt einzelner Disziplinen hatte (vgl. S. 461ff.). Erwartungsgemäß gelangt sie zu dem Resultat, daß der Einfluß des ML überall dort besonders stark war, wo der Erkenntnisgegenstand einer Disziplin »zugleich Gegenstand der als verbindliche Wahrheit geltenden Theorie des Marxismus-Leninismus war« (S. 465). Mithin ist vor allem für die sogenannte Gesellschaftswissenschaften »eine den kognitiven Kernbereich berührende ideologische Bindung an den ML« zu verzeichnen, am engsten im Falle von Philosophie und Geschichte. Die Konsequenzen liegen auf der Hand – Totalabwicklung, Schließung, Liquidation. Nicht voll gerecht wird diese, sich auch an anderen Stellen des Buches (vgl. S. 236 und 500) findende Argumentation m.E. der doppelten Bestimmung des ML, einerseits als Ideologie, andererseits aber auch als Paradigma einer bestimmten Wissenschaftstradition und Denkrichtung. Die spärlichen, diesbezüglich wenigstens ansatzweise differenzierenden Bemerkungen (vgl. S. 41f. und 501f.) reichen bei weitem nicht aus, um dieser komplizierten Problematik in Philosophie, Wirtschaftswissenschaft, Geschichte usw. gerecht zu werden. Hier ist weiter Forschungsarbeit zu leisten, will man zu akzeptablen Aussagen gelangen.

Im übrigen sind ideologische Überfremdung und Aushöhlung keinesfalls nur Probleme der abgewickelten DDR-Forschung. Tendenzen dieser Art finden sich allenthalben auch im bundesdeutschen Forschungsbetrieb, zumindest da, wo eine bestimmte Nähe zur Politik auszumachen ist.

Als Resümee steht die Feststellung von Dieter Simon, daß im Ergebnis der Umgestaltung der Wissenschaftslandschaft im Osten nunmehr »eine Reihe von Veränderungen« zu beobachten sind, »die von den Akteuren der

Vereinigung nicht vorhergesehen worden waren, wohl auch nicht vorhergesehen werden konnten, und deren Bedingungen nur teilweise gewollt waren« (S. 509). In mehr oder weniger allen Disziplinen sind »eklatante Unterschiede zwischen Vergangenheit, Umbruchvorstellungen und heutiger Realität« (S. 73) zu konstatieren, Unterschiede, die sowohl Gewinne als auch Verluste, unvermeidliche wie vermeidbare, implizieren. Es ist nicht möglich, darüber Bilanz zu ziehen, ohne einseitig zu werten. Zumal wenn das Gros der Autorinnen und Autoren Referent, Akteur und Gewinner des Umgestaltungsprozesses zugleich ist. Die Verlierer dieser Entwicklung werden da einiges anders sehen und insbesondere die »ungenuten Entwicklungen ... im personellen Bereich« (S. 505) kritischer beurteilen. Auch dürfte mancher »Mißgriff« (S. 171) bei den getroffenen Personalentscheidungen hier wohl eine andere Deutung erfahren.

ULRICH BUSCH

Barry McLoughlin/Hans Schafranek/
Walter Szevera: Aufbruch – Hoffnung
– Endstation. Österreicherinnen und
Österreicher in der Sowjetunion
1925-1945, Verlag für Gesellschafts-
kritik Wien 1997, 717 S., Literatur-
verzeichnis, Personenregister.

Anhand vor allem russischer sowie österreichischer und deutscher Archivbestände werden Schicksale von vier Personengruppen verfolgt, die zu verschiedenen Zeiten in die Sowjetunion gekommen waren: Arbeiterdelegationen der 20er Jahre (Schafranek), Facharbeiter Ende der 20er/Anfang der dreißiger Jahre (Szevera), Schutzbündler, darunter viele frühere Sozialdemokraten, nach dem antifaschistischen Februar-Aufstand 1934 (McLoughlin) und KPÖ-Kader der zwanziger/dreißiger Jahre (Schafranek).

Erstmalig in der Literatur werden Wege dieser Gruppen in einer so umfassenden Weise, wie hier geschehen, Schritt um Schritt verfolgt: Die Gründe ihres Aufbruchs in die Sowjetunion und die damit verbundenen Hoffnungen; die konkreten Umstände des

Aufenthalts dort, die wirtschaftlichen, kulturellen, ideologischen und allgemeinen Lebensbedingungen eingeschlossen; praktische Tätigkeit und Arbeitsverhältnisse im Rahmen des wirtschaftlichen und Betriebsgeschehens in der damaligen SU; die verschiedenen Formen des geistigen und physischen Terrors ihnen gegenüber seitens staatlicher Behörden, besonders seit Mitte der dreißiger Jahre (auch der Anteil des KI-Apparates daran, sofern es um Kommunisten ging) und dann während der Kriegsjahre. Geographisch sind die Regionen bzw. Städte Moskau, Leningrad, Gorki, Rostow, Charkow, teilweise auch die »weitere Provinz« erfaßt.

Die Geschichte der Schutzbund-Emigration (mit 275 S. fast die Hälfte des ausführenden Textes) ist hier wohl wirklich umfassend und sehr materialintensiv aufgeschrieben.

Es geht auch in den anderen Kapiteln um Österreich. Die hier weitgehend allseitig beschriebenen Lebensumstände und Wege stehen aber, was die Facharbeiter und die KP-Kader betrifft, auch für die anderen nationalen Emigrantenformationen jener Zeit, darunter nicht zuletzt die deutsche. Von konkreten Einzelschicksalen abgesehen, kann angenommen werden, daß die österreichischen Autoren die äußeren Bedingungen und Abläufe der damaligen wirtschaftlichen und politischen SU-Emigration (eigentlich: Immigration) ziemlich erschöpfend »aufgearbeitet« haben.

Die Quellen (besonders die Archivalien, aber auch Erinnerungen und z. T. Ergebnisse der Oral-History) förderten einen personenbezogenen Zugang zum Stoff. Jeden der Abschnitte begleiten neben vielen kurzgefaßten Biographien konkret ausgeführte »Fallbeispiele« (so im ersten Abschnitt das gescheiterte Projekt der »Uhlfeld«-Kolonie in Kasachstan Mitte der zwanziger Jahre) und (in den weiteren Abschnitten) insgesamt siebzehn erschütternde Schicksale einzelner Facharbeiter (auch ihrer Frauen) und kommunistischer Kader.

Das Geschehene wird aus heutiger Perspektive und heutigem Wissen gewertet. Das ist legitim. Ob die Autoren damit den damaligen Akteuren mit Begriffen wie »Avantgarde der Einäugigen« gerecht werden, bleibt fraglich. Die verdienstvolle personenbezogene Darstellung müßte/sollte um psychische und sozialpsychische Aspekte ergänzt werden.

ULLA PLENER

Carola Tischler: Flucht in die Verfolgung. Deutsche Emigranten im sowjetischen Exil 1933 bis 1945,

Lit Verlag Münster 1996, 277 S.

Oleg Dehl: Ot illuzij k tragedii.

Nemeckie emigranty v SSSR v 30e gody (Von Illusionen zur Tragödie.

Deutsche Emigranten in der UdSSR in den 30er Jahren), Neues Leben

Moskau 1997, 146 S.

Obwohl beide Bücher den gleichen Gegenstand haben, leistet jedes seinen spezifischen Beitrag zum Thema. Während T. die Untersuchung über die dreißiger Jahre hinausführt und in gesonderten Kapiteln die Zeit des Hitler-Stalin-Paktes 1939-1941 und des deutsch-sowjetischen Krieges 1941-1945 behandelt, greift D. etwas ausführlicher in die Vorgeschichte – den Beginn/die Mitte der zwanziger Jahre – zurück. Das besondere Interesse T.s gilt der politischen Emigration seit 1933, die überwiegend kommunistisch und vor allem in Moskau konzentriert war. D. wendet sich nicht nur der politischen, sondern gleichermaßen der von der großen kapitalistischen Wirtschaftskrise 1929-1932 stimulierten »Wirtschaftsemigration« zu, die aus Facharbeitern und Spezialisten bestand und auf verschiedene Industriezentren des Landes verteilt war.

Für den hohen wissenschaftlichen Anspruch T.s spricht die sehr umfangreiche Quellen- und Literaturliste (eingeschlossen russische und deutsche Archivbestände, darunter Nachlässe; gedruckte und ungedruckte Erinnerungen). D.s Darstellung, ausschließlich auf russische Archivalien und Presseerzeugnisse gestützt, hat eher einen Überblickscharakter, flankiert von einer Auswahl Faksimile und historischer Fotos.

T.s Ziel ist es, »einen Gesamtblick auf die Emigration... zu werfen«, wobei im Zentrum das Leben der Emigration steht, das vor allem durch zwei große Ereignisse geprägt wurde: den Terror 1935-1939 und den deutsch-sowjetischen Krieg. Ihr Blick ist differenziert. Sie beschreibt sowohl die Tätigkeit der Führungsschicht der KPD im Schnittpunkt von Komintern und Sowjetstaat, als auch den Alltag der Emigrationsmehrheit: ihr Wohnen, ihre Arbeitsfelder (vorwiegend auf den Gebieten Kultur und politische Schulung), ihre Freizeit;

die verschiedenen Formen des Terrors und den Umgang damit; später Aussiedlung aus Moskau, Arbeitsarmee, Lagerleben. Dabei geht T. auf Emigrantengruppen ein, die bisher in der Literatur wenig oder gar nicht beachtet wurden, wie z. B. die »Rußlandrückkehrer« (die zu einem Teil Sowjetrußland aus eigenem Antrieb wieder verlassen hatten, zu einem wesentlichen Teil aber von den Sowjetbehörden an Hitlerdeutschland – als Kommunisten! – ausgeliefert wurden) und eine größere Gruppe jüdischer Ärzte aus Deutschland (von T. etwas überhöht »die jüdische Emigration« genannt).

Auch die Führungsschicht wird differenziert behandelt: T. beschreibt den menschenverachtenden, bis hin zur Sippenhaft reichenden Umgang mit Mitgliedern seitens der KI- und der KPD-Führung, umgeht aber auch nicht die Versuche (z.B. W. Piecks), sich in Einzelfällen für die Verhafteten einzusetzen; die Anerkennung der sowjetischen Außenpolitik nach August 1939 sei »innerhalb der Parteiführung der KPD nicht so schnell und nicht so kritiklos vor sich (gegangen)«, wie es die verbreitete Forschungsmeinung darstelle.

T.s Umgang mit dem Stoff hebt sich wohlthuend von dem vieler Forscher zur gleichen Thematik ab. So hat sie neben einer Vielzahl von Erinnerungen (das Literaturverzeichnis weist 89 Titel davon auf) nicht wenige Gespräche mit Zeitzeugen für die Arbeit genutzt, die, »da kein Ansatz der Biographieforschung gewählt wurde, »nur« der Veranschaulichung und der Rückversicherung (!)« dienen, aber unverzichtbar seien, »um dem Forscher, der nur das Aktengerüst kennt, das dahinter stehende Leben zu vermitteln«. So durchdringt die Darstellung eine Vielzahl von Namen und Einzelschicksalen, die bisher nie oder kaum genannt wurden (das Personenregister verzeichnet fast eintausend Namen). Auch mahnt T. »gewichtige Bedenken« gegenüber Akten aus den Archiven des NKWD (z. B. nicht selten gefälschten Verhörprotokollen) an und fragt: »Ist deshalb die Veröffentlichung solcher Aktenstücke, die Denunziationen beinhalten, nicht immer nah an der Gefahr, selbst zur Denunziation zu werden? So wichtig es ist, die Atmosphäre der Angst zu beschreiben – die Forschung über die Ursachen des Terrors wird möglicherweise eher behindert als befruchtet wenn der Nachweis, wessen Aussa-

gen zu wessen Verhaftung geführt haben, zu stark betrieben wird. Denunziationen waren Folge, nicht Auslöser des Terrors.« (S.114) T. wendet sich auch dagegen, Zahlen willkürlich in die Höhe zu treiben, wenn keine überzeugenden Quellen dafür vorliegen. (S.134)

Die Autorin hält sich mit Wertungen zurück. Das von ihr Dargebotene vermittelt das widersprüchliche, aber letzten Endes entsetzliche Bild des Emigrationslebens in der Sowjetunion.

D.s Bild der deutschen Emigration in der Sowjetunion der dreißiger Jahre ist im wesentlichen ebenfalls ein differenziertes, auch er bringt Einzelbeispiele, geht auf Einzelschicksale ein.

Seine Erkenntnisse über die Verfolgungslinie des NKWD gegenüber den deutschen Emigranten und die Beschlüsse des Politbüros, die ihr zugrundegelegen hatten, sprechen dafür, daß die repressiven Maßnahmen sowjetischer Organe gegen die Deutschen spätestens seit November (also noch vor dem Kirow-Mord) zielgerichtet verfolgt wurden und nicht mit den aggressiven Absichten Hitlerdeutschlands verbunden waren. Diese Forschungsergebnisse faßte er in einem Beitrag für diese Zeitschrift zusammen (vgl. Holger Dehl: Deutsche Politemigranten in der UdSSR: Von Illusionen zur Tragödie, in: UTOPIE kreativ, H. 75, Januar 1997).

Gegenüber der Monographie von T. gewinnt sein Kapitel über die deutschen Facharbeiter besonderes Interesse. Beschrieben werden die (mit vielen Unzulänglichkeiten verbundenen) Werbemaßnahmen sowjetischer Stellen in Deutschland, die sozialistischen Motive vieler (vor allem kommunistischer) Arbeiter für die Reise in die SU, ihre vielfach negativen Erfahrungen nach der Ankunft dort (als besonders krasses Beispiel – Erlebnisse im Donezbecken in der Ukraine), die Lebensbedingungen, die (nicht zuletzt von der deutschsprachigen sowjetischen Presse stimulierten und reflektierten) Wettbewerbsinitiativen, die Widersprüche im Verhältnis zu Betriebsleitungen, Sowjetorganen, russischen Kollegen, die sich dabei zeigten, und schließlich der Terror (einschließlich Ausweisungen nach Deutschland), der die Facharbeiter besonders 1937/1938 mit gleicher Wucht wie die politischen Emigranten traf.

ULLA PLENER

Heinrich Potthoff: Bonn und Ost-Berlin 1969-1982. Dialog auf höchster Ebene und vertrauliche Kanäle. Darstellung und Dokumente (Archiv für Sozialgeschichte. Beiheft 18) Verlag J.H.W. Dietz Nachf. Bonn 1997, 787 S. (58,00 DM)

Wieder wird der Schleier des Verschweigens und der Scham über die einst guten und ertragreichen Kontakte zwischen Spitzenpolitikern von Bundesrepublik und DDR ein gutes Stück gelüftet. Potthoff, Historiker und Stellvertreter der Vorsitzender der Historischen Kommission der SPD legt nach seiner grundlegenden Dokumentenedition zu den Kontakten auf höchster Ebene 1982-1989¹ nun einen ebenso sorgfältig gearbeiteten Band zu den Kontakten der Regierungen Willy Brandt und Helmut Schmidt mit Erich Honecker und dessen Mitarbeitern vor. Dabei hat er eine Zeitspanne ausgewählt, die wesentlich durch die Gipfeltreffen von Erfurt bzw. Kassel 1970 und am Werbellinsee 1981 markiert sind. Da P. es geschafft hat, auch in dieser Edition vor allem durch die Erschließung der Aktenüberlieferungen Brandts, Schmidts und Egon Bahrs wiederum ein ergänzendes und sich wechselseitig bestmögliches Bild aus Sicht beider deutscher Verhandlungspartner wiederzugeben, geht das Buch in dieser Hinsicht über die verdienstvolle Edition von Nakath/Stephan »Von Hubertusstock nach Bonn«² (sie umfaßte die Jahre 1980-1987) in einigen Fragen hinaus.

In den 69 Dokumenten unterschiedlichen Charakters – Gesprächsberichte, Schreiben, Telefonate, Mündliche Botschaften und Non-Papers – wird das ganze Geflecht offizieller und inoffizieller Kontakte der sozialliberalen Bundesregierungen mit Honecker offengelegt. Neben den offiziellen Verhandlungspartnern tauchen auch die eher im Verborgenen arbeitenden Emissäre Herbert Wehner oder Hans-Jürgen Wischnewski bzw. Wolfgang Vogel und Alexander Schalck auf. Wobei klar ist, daß dies nur eine bekannt gewordene Auswahl ist, andere Kontaktebenen – so die von Karl Wienand – bleiben unberücksichtigt, ebenso die über das MfS vermittelten Gespräche. Ausgeklammert bleiben leider eben-

so die Kontakte der anderen Parteien, lediglich ein Dokument belegt Gespräche Wolfgang Mischniks mit Manfred Gerlach 1973. Insbesondere die »Nebenaußenpolitik« der CDU/CSU-Opposition, trotz ihrer offiziell vehementen Ablehnung des Grundlagenvertrages seit 1973 vor allem von Walter Leisler Kiep geführt, hätte die große Kontinuität bundesdeutscher Politik auch nach dem Sturz der SPD/FDP-Koalition 1982 veranschaulichen können.

P. offenbart die doppelte Dimension dieser deutsch-deutschen Gespräche: »Zwischen dem überwölbenden System-, Macht- und Interessenkonflikt zwischen den beiden von den Supermächten geführten Blöcken und der deutschen Frage und den eigenen spezifischen nationalen und humanitären Anliegen glich dies einem besonders schwierigen und oft schmerzlichen Balanceakt.« Und zugleich: »In einem durch die Großwetterlage begrenzten Raum beeinflussten die Bundesrepublik und die DDR ihrerseits wieder das west-östliche Klima.« (S. 11)

Die Interessenlagen beider Seiten waren relativ klar umrissen. Die DDR wollte endlich die völkerrechtliche Anerkennung durch die Bundesrepublik, die sie mit dem Grundlagenvertrag 1972 eingeschränkt dann auch erhielt, und hatte zunehmend Interesse an wirtschaftlich relevanten Beziehungen zur Bundesrepublik. Sie wollte damit auf lange Dauer die eigene Existenz zementieren. Bonn hatte mit dem Regierungsantritt der Brandt/Scheel-Regierung die Kalte-Kriegs-Rhetorik hinter sich gelassen und sah die Wiedervereinigung keineswegs mehr als Tagesaufgabe. Schmidt gestand 1981 ein, »daß jedenfalls in diesem Jahrhundert eine Wiedervereinigung nicht mehr zustandekommt« (S. 670). Die Bonner Regierung bekannte sich zu ihrem Konzept des »Wandels durch Annäherung« und war bereit, sich politische Zugeständnisse in zweitrangigen Fragen durch humanitäre Zugeständnisse der DDR hinsichtlich der Reisemöglichkeiten und des Flusses von Menschen und Informationen abkaufen zu lassen. Letztlich gingen auch die wirtschaftlichen Leistungen der Bundesrepublik diesen Weg. Staatsbürgerschaft, Umwandlung der Ständigen Vertretungen in Botschaften, Vereinigungsverzicht blieben dagegen für Bonn stets Tabu.

Brandt hatte das schon in Kassel auf den Begriff gebracht, als er davon sprach, »über ein ge-

regeltes Nebeneinander zu einem Miteinander zu kommen«. Dabei sollte die offene nationale Frage nicht ausgeklammert werden, aber letztlich alles in einem »europäischen System der Sicherheit und des Friedens« eingebunden sein (S. 146).

Unter den Vorzeichen der Verschärfung des internationalen Klimas Ausgang der siebziger Jahre mit dem Streit um SS 20 und NATO-Doppelbeschluß, dann aber auch mit dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan und der Krise in Polen gewann die Artikulation eigenständiger deutscher Sicherheits- und Friedensinteressen ein größeres Gewicht. Zwar hatte Wehner schon früh Honecker zugestimmt, daß es nicht darum gehe, »die DDR von der Sowjetunion wegzudividieren« (S. 292). Angesichts der sich verschlechternden Großwetterlage suchten aber beide Seiten besonders ab 1979 immer wieder das Gespräch und die DDR vertrat sehr eigenständige Vorstellungen zu einer Abrüstungspolitik, die die Bedrohung mindern könnte. Zu Recht weist P. darauf hin, daß dies in Moskau, aber auch im SED-Politbüro beargwöhnt wurde. Bemerkenswert sind auch die gegenseitigen Unterrichtungen von Bonn und Berlin zu den jeweiligen Kontakten mit Moskau.

Auffällig ist der wiederholte Hinweis der DDR auf sowjetische Vorbereitungen für eine Militäraktion gegen Polen, die augenscheinlich Schmidt zugespielt wurden: so die Durchführung von sowjetischen Großmanövern an der Ostseeküste im August 1980 und offenbar Vorwarnungen über eine militärische Lösung in Polen am 17.12.1981 (S. 539, 649). Auch wenn beide Informationen letztlich nicht voll zutrafen (das Kriegerrecht wurde in Polen am 13.12. noch während des Schmidt-Besuchs in der DDR verhängt) und Besuchstermine durcheinandergebracht wurden, so war es doch ein sehr großer Vertrauensbeweis und Indiz für eine sehr eigenständige Rolle, die die DDR übernahm (oder übertragen bekam?).

Manche hart geführte Verhandlungen um wichtige oder auch weniger wichtige Statusfragen lassen die Erinnerung an einen orientalischen Basar zu, so daß es schon verzeihlich war, wenn Schmidt Honecker gelegentlich als »Teppichhändler« (S. 459) titulierte. Aber es war ein zähes Ringen, in dem beide Seiten ihre Interessen durchzusetzen suchten und die DDR – im Unterschied zu den achtziger Jahren – noch nicht ganz

so sehr unter wirtschaftlichem Erfolgsdruck stand.

Die Bundesregierung ihrerseits war immer wieder an der politischen Stabilität der DDR interessiert, das war keineswegs nur eine Floskel. Typisch ist dafür die scharfe Abgrenzung von dem 1978 im »Spiegel« veröffentlichten Manifest eines »Bundes Deutscher Kommunisten«, das Schmidt unmißverständlich als »Störmanöver« brandmarkte (S. 400). Ebenso war es nach der Pleite mit »Kanzler-Spion« Günter Guillaume für Honecker ein Herzensbedürfnis, Schmidt gegenüber zu betonen, daß die DDR »nicht dazu da (ist), Ihrer [Bundes-]Regierung Schwierigkeiten zu bereiten, sondern im Gegenteil« (S. 449). Daß es in der Praxis oft anders kam und Bonn sein Rechtsverständnis des Grundgesetzes weiter durchzog und in der Berlin-Frage oft Konflikte heraufbeschwor, ändert ebensowenig daran wie die gelegentlichen Nadelstiche der DDR, wenn sie den Mindestumtausch einseitig erhöhte oder, wie in Gera, ihre Maximalforderungen für die deutsch-deutschen Beziehungen wieder ins Spiel brachte.

Wehner hatte sicher am deutlichsten eine Bestandsgarantie für die DDR abgegeben, als er 1973 in der Schorfheide Honecker gegenüber erklärte: »Jeder Versuch, an der DDR vorbei etwas zu erreichen oder gar die Positionen der DDR im Inneren zu untergraben, könne zu einem Unglück führen.« (S. 284) Das Schlimme war, daß die DDR-Führung die eigene Verantwortung für den Erfolg des eigenen Gesellschaftssystems, den Erfolg des Sozialismus auf deutschen Boden schon damals nicht begriffen hat. Die guten Kontakte zu Bonn wogten sie – und sicher besonders Honecker – in der Illusion eigener Unfehlbarkeit. Dieser Irrglaube wurde teuer bezahlt – aber trotzdem sind jene Verhandlungen und die vielfältigen von der DDR getragenen Vorstöße trotzdem Beiträge zur Sicherung des Friedens gewesen, die den friedlichen Wandel 1989 erst möglich machten. Aber eben auch erfolgreiche eigene Reformen hätten begünstigen können.

- 1 Heinrich Potthoff: Die »Koalition der Vernunft«. Deutschlandpolitik in den 80er Jahren. (dtv Dokumente Bd. 2974). Deutscher Taschenbuch Verlag GmbH & Co. KG München 1995. Siehe meine Rezension in: UTOPIE kreativ. H. 68 (1996). S. 93-95.
- 2 Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan: Von Hubertusstock nach Bonn. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen auf höchster Ebene 1980-1987. Dietz Verlag GmbH, Berlin 1995. Siehe meine Rezension in: UTOPIE kreativ. H. 67 (1996). S. 83-86.